

kommunal



ORTSBÜRGERMEISTER
MARTIN BENDEL (LINKS) UND
DR. STEFFEN WEIL FREUEN
SICH AUF NOCH MEHR
STROM AUS SONNENKRAFT.

» Mehr zum Thema
ab Seite 2

■ **ALLER GUTEN DINGE SIND DREI.** Dachte sich Martin Bendel, Ortsbürgermeister von Görgeshausen, und reservierte frühzeitig Flächen für den dritten Bauabschnitt in unmittelbarer Nähe des bestehenden Solarparks, den er gemeinsam mit uns in der Energiegesellschaft Görgeshausen seit 2013 betreibt. Ein erfolgreiches Gemeinschaftsprojekt: Nach der Erweiterung soll die Anlage insgesamt rund sechs Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugen.

Noch mehr Sonnenstrom

Seit 2013 produziert die Solaranlage in der Ortsgemeinde Görghausen zuverlässig Strom. Jetzt gab es **grünes Licht für den dritten Bauabschnitt.**

Dr. Steffen Weil,
evm-Bereichsleiter
Erzeugung und
Energieanwendun-
gen, und Ortsbür-
germeister Martin
Bendel besich-
tigen die Anlage.



Die heute schon
imposante Anlage
in Görghausen

■ **WIR ERWEITERN UNSEREN SOLARPARK** in Görghausen. Bis 2026 entsteht auf einer Fläche von 5,5 Hektar direkt an der ICE-Strecke Köln/Rhein-Main und der A3 der dritte Bauabschnitt. Mit rund 6.200 modernen, besonders leistungsstarken Modulen steigern wir die jährliche Stromproduktion um rund 4,5 Millionen Kilowattstunden. Das entspricht dem Bedarf von rund 3.000 Menschen – ein bedeutender Beitrag zur Energiewende in unserer Region. Der Baubeginn ist für Herbst geplant, die Inbetriebnahme planen wir für das erste Quartal 2026, da die Lieferzeiten für Komponenten wie Transformatoren aktuell lang sind.

Gemeinsame Sache

Der Solarpark Görghausen ist ein Gemeinschaftsprojekt, das wir zusammen mit der Ortsgemeinde Görghausen in der Energiegesellschaft Görghausen (EGG) betreiben. Seit 2013 produzieren wir hier Ökostrom. Begonnen hatte alles mit einer brachliegenden Fläche neben der A3, die mit Beteiligung von 47 Bürgerinnen und Bürgern zur ersten Anlage mit rund 1,33 Megawattpeak Leistung wurde. 2018 folgte die erste Erweiterung – heute liefern insgesamt 6.670 Module jährlich rund 1,665 Megawattstunden Sonnenstrom. „Die Geschichte des Solarparks ist ein voller Erfolg“, sagt Dr. Steffen Weil, der gemeinsam mit Ortsbürgermeister

Martin Bendel die Geschäfte der EGG führt. „Nicht zuletzt dazu beigetragen haben die Bürgerinnen und Bürger der Ortsgemeinde, die uns wohlgesonnen waren und die Stromproduktion in der Region mit ermöglicht haben. Hier haben wir damals schon einen Grundstein für heute gelegt.“

Gut geplant

Dass wir nun den dritten Bauabschnitt planen können, verdanken wir auch der Weitsicht der Ortsgemeinde, die früh geeignete Flächen nördlich der A3 gesichert hat. Diese liegen im gesetzlich privilegierten Bereich – also 200 Meter entfernt von Bahntrasse oder Autobahn – hier vereinfacht der Gesetzgeber den Bau von Solaranlagen. Im März haben wir die offizielle Baugenehmigung erhalten.

Erlöse für das Gemeindeleben

Unsere Partnerschaft mit der Gemeinde ist geprägt von Vertrauen und einem gemeinsamen Ziel: dem nachhaltigen Umbau der Energieversorgung. Ein Teil der Erlöse fließt direkt in soziale und gemeinnützige Projekte in Görghausen wie den Bürgerbus, den Seniorentreff, die Erweiterung des Kindergartens oder die Dorferneuerung. So gestalten wir gemeinsam die Zukunft – mit der Sonne als verlässlichem Partner. —

„FÜR UNS ALS ORTSGEMEINDE IST DER
ERHALT UNSERER LEBENS- UND
LIEBENSWERTEN NATUR BESONDERS
WICHTIG. UND DAS GEHT NUR, WENN
WIR IMMER MEHR AUF ERNEUERBARE
ENERGIEN SETZEN UND DAFÜR
BRACHLIEGENDE FLÄCHEN NUTZEN.“

Martin Bendel,
Ortsbürgermeister Görghausen



Vereinfachte Wärmeplanung

Regelungen, die Kommunen entlasten: evm-Experte Hubertus Hacke bringt unsere Positionen im Landtag ein.

■ **IM APRIL** hat der rheinland-pfälzische Landtag das Landesgesetz zur Wärmeplanung verabschiedet. Der Kern des Gesetzes besteht darin, das Bundesgesetz in Landesrecht umzusetzen. In Rheinland-Pfalz werden die größeren Städte und Verbandsgemeinden als planungsverantwortliche Stellen definiert, denen die Aufgabe der kommunalen Wärmeplanung zukommt. Neben wesentlichen Ausführungsbestimmungen enthält das Gesetz einen umfangreichen Katalog zum Mehrbelastungsausgleich für die Kommunen.

Sachverstand gefragt

Wir haben die Beratungen zum Gesetzentwurf als eines der führenden rheinland-pfälzischen Unternehmen im Bereich der



Hubertus Hacke,
Leiter der
evm-Stabsstelle
Energiepolitik und
kommunale Projekte

Wärmeplanung intensiv begleitet. Am 27. März war Hubertus Hacke, Leiter der Stabsstelle Energiepolitik und kommunale Projekte bei der evm, als Sachverständiger in der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Klima, Energie und Mobilität geladen. Hier hat er unsere Position für eine praktikable Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes eingebracht. „Aus unserer Sicht ist es positiv, dass die Länderöffnungsklauseln zur Verschärfung der Bundesvorgaben nicht genutzt und das Konvoi-Verfahren erlaubt wurde“, so Hubertus Hacke.

Weniger bürokratischer Aufwand

Für Kommunen in Rheinland-Pfalz ist vor allem die Ausgestaltung des vereinfachten Verfahrens wichtig. In Gemeindegebieten mit weniger als 10.000 Einwohnern kann das Verfahren zur Wärmeplanung vereinfacht durchgeführt werden. Das Land definiert als Gemeindegebiet die Ortsgemeinde. Die kleinteilige Verwaltungsstruktur in Rheinland-Pfalz erlaubt somit in vielen Kommunen eine vereinfachte Fortschreibung der Wärmepläne. „Besonders in ländlichen Gemeinden, bei denen das Potenzial für Wärme- und Wasserstoffnetze in der ersten Wärmeplanung als gering eingeschätzt wird, kann so die Fortschreibung ohne großen bürokratischen Aufwand erfolgen“, sagt Hubertus Hacke.

Klimaneutralität im Blick

Ein weiteres energiepolitisches Gesetz, die Novelle des Landesklimaschutzgesetzes, befindet sich derzeit in der politischen Beratung. Das aktuelle Klimaschutzgesetz von 2014 sieht noch das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 vor, was nicht mehr den Zielen des Bundes und der meisten Kommunen in Rheinland-Pfalz entspricht. Im neuen Klimaschutzgesetz soll die Klimaneutralität bis 2040 erreicht werden. Viele Maßnahmen des Gesetzentwurfs, wie der CO₂-Schattenpreis, sind nur für das Land verpflichtend. Für Kommunen und Unternehmen werden hauptsächlich Empfehlungen ausgesprochen. Eine Einklagbarkeit der Klimaschutzziele schließt das Land ebenfalls aus. —

Daten für die Wärmewende

Kommunen benötigen für die Erstellung eines Wärmeplans sehr viele Daten. Die Energienetze Mittelrhein (enm) stellen die **Verbrauchsdaten schnell und effizient** zur Verfügung. Wie das funktioniert, erklärt enm-Experte Tobias Eberhardt.

Herr Eberhardt, welche Daten fließen in eine Kommunale Wärmeplanung (KWP)?

Zum einen die Katasterdaten, also welche Gebäude in einer Gemeinde stehen, wann sie gebaut und saniert wurden und wie sie genutzt werden. Des Weiteren Kehrdaten vom Schornsteinfeger und Daten zur Industrie vor Ort, etwa ob Abwärme zur Verfügung steht. Wir von der enm liefern die Verbrauchsdaten innerhalb unseres Netzgebiets – also welche Energieart in welcher Menge genutzt wird – abhängig davon, ob wir in einer Kommune das Gas- und/oder Stromnetz betreiben.

Das klingt gar nicht so kompliziert.

Ist es aber. Die Verbrauchsdaten liegen uns zwar vor, aber die Aufbereitung war ein immenser Aufwand. Wir haben dafür eine Methodik entwickelt. Es muss ja alles datenschutzkonform sein und auch die Anforderungen rund um die kritische Infrastruktur oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse spielen eine Rolle. Das hat unsere interne Rechtsabteilung geprüft. Zuerst haben wir die Daten auf Straßenebene aufbereitet, also wie viele Kilowattstunden pro Straße. Wir haben dann die Ingenieurbüros angeschrieben und



„DIE VERBRAUCHSDATEN SIND ELEMENTAR IN DER BESTANDS-ANALYSE DER KOMMUNALEN WÄRMEPLANUNG. MIT IHNEN LÄSST SICH BERECHNEN, WIE VIELE TONNEN CO₂-ÄQUIVALENTE IN DER GEMEINDE FREIGESETZT WERDEN UND WO BESONDERS VIEL EINSARPOTENZIAL BESTEHT.“

Tobias Eberhardt, enm

befragt, ob sie damit zurechtkommen oder die Daten in anderer Form benötigen.

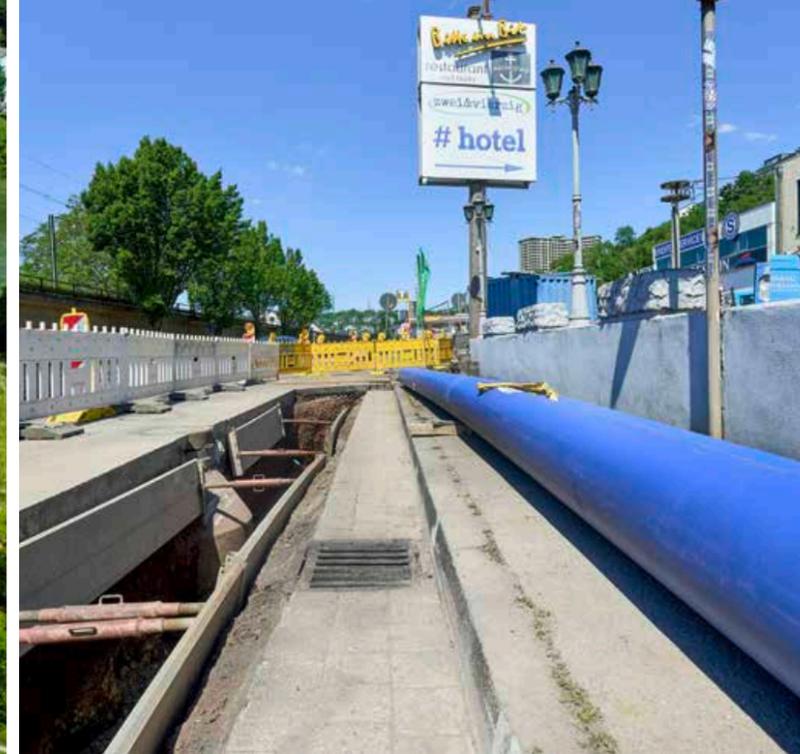
Was kam dabei heraus?

Ein neues Auswertungstool: Wir bereiten die Daten jetzt in Fünfergruppen auf, das heißt: Verbrauch für Hauptstraße 1 bis 5, für die 6 bis 10 und so weiter. So ist es datenschutzkonform und für die Erstellung einer KWP am hilfreichsten. Wir haben gute Rückmeldungen der Partner bekommen. Für 23 Kommunen haben wir bereits Daten geliefert, für zwei ist das Paket fast fertig. —

Gut zu wissen

evm-Frühstücksgespräch im Juni

Am 30. Juni 2025 gibt es von 8:30 Uhr bis 9:30 Uhr ein evm-Frühstücksgespräch für unsere kommunalen Partner. Das Thema lautet „Wasserstoff im Gasverteilnetz“. Eine Einladung wird vorab online versendet. Sofern Sie an der Veranstaltung Interesse haben, teilen Sie uns Ihre E-Mail-Adresse gerne unter kommunalbetreuung@evm.de mit. Das Frühstücksgespräch findet online statt. Wir freuen uns auf einen spannenden Austausch.



Die Düker-Baustelle aus der Vogelperspektive: Am Flussufer waren zahlreiche Fahrzeuge und Baumaschinen im Einsatz.

Die neue Leitung führt unter dem Rhein hindurch und transportiert später Trinkwasser von Koblenz-Wallersheim über die Insel Niederwerth nach Vallendar.

Sichere Wasserversorgung für die Zukunft

Weniger Grundwasser und extreme Wetterlagen stellen die Wasserversorgung vor neue Herausforderungen. **Moderne Technik und Zusammenarbeit** sichern die Trinkwasserversorgung in Rheinland-Pfalz.

■ **DIE PLANUNG** der Trinkwasserversorgung hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. In Rheinland-Pfalz ist die Grundwasserneubildung um rund ein Viertel zurückgegangen. Ursache: Regen fällt immer häufiger als Starkregen, verdunstet rasch und kann nicht mehr ausreichend im Boden versickern. Selbst niederschlagsreiche Jahre gleichen dieses Defizit nicht aus. Besonders betroffen sind Kommunen, die nicht in der Nähe von Flüssen oder Seen liegen.

Mit Technik Sicherheit schaffen
Als Betriebsführerin der Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein (VWM) sind wir für die Trinkwasserversorgung in Koblenz, Lahnstein und in der Verbandsgemeinde Vallendar verantwortlich. Durch die günstige Lage im Neuwieder Becken sind wir bislang weitgehend unabhängig von Niederschlägen. Dennoch investieren wir kontinuierlich in eine widerstandsfähige Trinkwasserversorgung – zum Beispiel durch den Bau des Rheindükers von Koblenz-Wallers-

heim über die Insel Niederwerth nach Vallendar. Rohrleitungen wurden unter dem Rhein hindurchgeführt und in das bestehende Rohrsystem der B42 eingebunden. Der Düker von Wallersheim nach Niederwerth hat eine Länge von rund 420 Metern, von Niederwerth nach Vallendar folgen weitere 180 Meter Dükerlänge.

Resilient und nachhaltig in die Zukunft
Der Rheindüker ist ein zentrales Projekt für die sichere Wasserversorgung im Gebiet der VWM. Darüber hinaus sichert er nachhaltig die Versorgung im nördlichen Rheinland-Pfalz. Künftig können die Verbandsgemeinden Höhr-Grenzhausen, Wirges, Ransbach-Baumbach und Montabaur bis zu 600.000 Kubikmeter Wasser von der VWM beziehen. Ein entsprechender Wasserlieferungsvertrag garantiert dies. Gerade in heißen, trockenen Sommern kam es hier in der Vergangenheit zu Engpässen. „So leisten wir einen wichtigen Beitrag für eine zukunftsfähige Trinkwasserversorgung im nördlichen Rheinland-Pfalz“, sagt Mithun Basu, im eV-Vorstand für die Wasserversorgung zuständig.

Hilfe in beide Richtungen
Der Düker hilft nicht nur bei Trockenheit oder anderen klimatischen Herausforderungen. Er stärkt auch die Verbindung benachbarter Gemeinden – und das in beide Richtungen. Bei Cyberangriffen, äußeren Schäden an der

Infrastruktur, Stromausfällen oder Verunreinigungen kann die Region sich gegenseitig unterstützen. Dafür haben VWM, der RheinHunsrück Wasser Zweckverband, die Verbandsgemeinderwerke Weißenthurm, die Stadtwerke Andernach, das Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm und der Wasserversorgungszweckverband Maifeld-Eifel ebenfalls eine Absichtserklärung unterzeichnet. Ziel ist es, Verbundnetze zwischen den regionalen Wasserversorgern zu schaffen. —

Für die Zukunft gerüstet: Vom Rheindüker gehen weitere Versorgungsleitungen ab oder sind möglich.





Wir müssen die Handbremse lösen

Was bedeutet der **Koalitionsvertrag** für unsere Region?

evm-Vorstand Christoph Hesse ordnet die wichtigsten Punkte ein.

Das Heizungsgesetz gehörte zu den wichtigsten Streitthemen im Wahlkampf. Nun soll es durch ein technologieoffenes und flexibleres Gebäudeenergiegesetz ersetzt und damit das Vertrauen der Menschen zurückgewonnen werden. Das begrüßen wir, denn wir müssen in Sachen Wärmewende die Handbremse lösen.

Neues Gebäudeenergiegesetz

Ein neues Gesetz ist notwendig, um den Umbau der Wärmeversorgung voranzubringen. Dabei müssen Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Finanzierbarkeit gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Bürgerinnen und Bürger benötigen klare Leitplanken, und auch wir in der Energiewirtschaft wünschen uns einen Ordnungsrahmen, der von Verlässlichkeit geprägt ist und damit das Fundament für Investitionsentscheidungen bildet.

Energiepreise senken

Der Koalitionsvertrag verspricht spürbar und dauerhaft sinkende Energiepreise – eine gute Nachricht für Haushalte und Wirtschaft.

Kritisch sehen wir allerdings die angedachte Staatsbeteiligung im Energiesektor oder die Nutzung von Reservekraftwerken zur Preisdämpfung. Dieser Rückgriff auf

alte Kraftwerke außerhalb des Wettbewerbsmarkts setzt falsche Anreize. Viel wichtiger sind Investitionen in den notwendigen Netzausbau. Hierfür erachten wir einen angemessenen Finanzierungsrahmen für entscheidend.

Klimaziele weiter im Blick

Wir begrüßen das eindeutige Bekenntnis zu den Klimazielen als gutes und wichtiges Signal. Wir als evm möchten unseren Teil dazu beitragen, dass wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 erreichen. Deshalb planen wir Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe, um unsere Kunden vollumfänglich mit lokal erzeugtem Strom aus erneuerbaren Quellen zu versorgen. Aber: Auch hierzu braucht es einen klaren politischen Kurs als stabile Basis der Finanzierung. Dazu zählt auch die angekündigte Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

Leitplanken statt Mikromanagement

Wir als Energieversorger und Netzbetreiber wollen die Wärme- und Energiewende stemmen. Die Bundesregierung muss dafür Planungssicherheit schaffen und mehr auf grobe Leitplanken statt auf Mikromanagement setzen – dann kann dieser Kraftakt gelingen. —